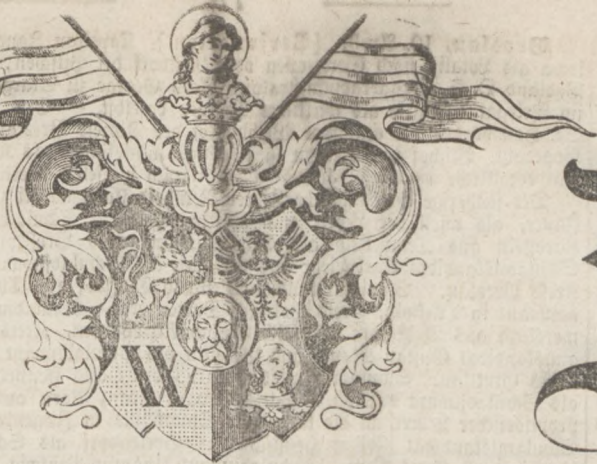


Steteljährlicher Abonnementspreis
Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto
Thaler 1 1/4 Sgr. Infertionsgebühr für den
Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitschrift
1 1/2 Sgr.

Expedition: Petersstraße Nr. 20
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einma
erscheint.

Breslauer



Zeitung.

Mittagsblatt. Sonnabend den 10. April 1858. Nr. 166.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

London, 9. April. Graf Persigny ist abgereist. Der
Marshall Pelissier wird kommenden Montag erwartet.
Aus Mexiko wurde gemeldet, daß Oberst Lockridge damit
umgeht, das Land zu revolutioniren.
Paris, 9. April, Nachmittags 3 Uhr. Die Proz. eröffnete zu 69, 40,
stieg auf 69, 70 und schloß in sehr fester Haltung bei lebhaften Umsätzen zur
Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr und von Mittags 1 Uhr waren gleich-
lautend 96 1/2 eingetroffen.
3pCt. Rente 69, 65. 4 1/2pCt. Rente 93. — Credit-mobilier-Aktien 755.
3pCt. Spanier 37 1/2. 1pCt. Spanier —. Silber-Anleihe 91 1/2. Oesterreich.
Staats-Eisenbahn-Aktien 725. Lombardische Eisenbahn-Aktien 612. Franz-
Joseph 470.
Nach dem so eben erschienenen Bankausweis haben sich der
Baarvorrath der Bank von Frankreich um 45 1/2 Millionen,
der Notenumlauf um 22 1/2 Millionen vermehrt, das Portefeuille
dagegen um 18 Mill. Francs vermindert.
London, 9. April, Nachmitt. 3 Uhr.
Consols 96 1/2. 1pCt. Spanier 26 1/2. Mexitaner 19 1/2. Sardinier 90 1/2.
3pCt. Russen 109 1/2. 4 1/2pCt. Russen 100. Lombardische Eisenbahn-Aktien —.
Der fällige Dampfer „North-Amerikan“ ist aus Newyork angekommen.
Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus New-York vom
26. v. M. ist der stuttgarter Bankier Adler verhaftet wor-
den. In Newyork war die Börse fester und der Geldmarkt
flott. Der Cours auf London war daselbst 107 1/2. In Baum-
wolle schwankten die Preise. Weizen war flau.
Wien, 9. April, Mittags 12 1/2 Uhr. Neue Loose 103 1/2.
Silber-Anleihe —. 5pCt. Metalliques 81 1/2. 4 1/2pCt. Metalliques 71 1/2.
Bank-Aktien 97 3/4. Bank-Znt.-Scheine —. Nordbahn 189. 1854er Loose
107 1/2. National-Anleihen 84 1/2. Staats-Eisenbahn-Aktien 295. Credit-
Aktien 243. London 10, 17. Hamburg 78. Paris 123 1/2. Gold 7 1/2.
Silber 5 1/2. Elsbeth-Bahn 100 1/2. Lombard. Eisenbahn 108. Theiß-Bahn
—.
Central-Bahn —.
Frankfurt a. M., 9. April, Nachmitt. 2 1/2 Uhr.
Schluß-Course: Wiener Wechsel 113. 5pCt. Metalliques 76 1/2.
4 1/2pCt. Metalliques 67 1/2. 1854er Loose 102. Oesterreichisches National-
Anleihen 79 1/2. Oesterreich-Franzöf. Staats-Eisenb.-Aktien —. Oesterreich.
Bank-Anleihe 1095. Oesterreich. Credit-Aktien 219 1/2. Oesterr. Elsbethbahn
197. Rhein-Elbe-Bahn 75 1/2.
Hamburg, 9. April, Nachmittags 3 Uhr. Umsätze hauptsächlich in nord-
deutschen Bankaktien.
Schluß-Course: Oesterreich. Loos —. Oesterr. Credit-Aktien 124.
Oesterreich-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 70. Vereinsbank 96. Nord-
deutsche Bank 85 1/2. Wien 79 1/2.
Hamburg, 9. April. [Getreidemarkt.] Weizen loco letzte Preise
sind behauptet. Roggen loco unverändert, als Königsberg 125pfd. pro April-
Mai 57 bis 58 zu bedingen. Del loco 24 1/2, pro Mai 23 1/2, pro Oktober
25 1/2. Kaffee fest. Zink ohne Umsatz.
Liverpool, 9. April. [Baumwolle.] 6000 Ballen Umsatz. —
Preise gegen gestern unverändert.

Preußen. Landtags-Verhandlungen.

Haus der Abgeordneten. 25ste Sitzung am 9. April.
Beginn 11 Uhr (die Sitzung war auf 10 1/2 Uhr angesetzt, der Saal aber
zu jener Zeit noch leer). Präsident: Hr. Gulenberg. Am Ministerien die
Herrn v. Westphalen, später v. Mantauiffel I., v. d. Heydt.
Man geht sofort in der Debatte über die Einzelhaft weiter. Nachdem
Wagener (Neustettin) sich gegen die Anträge Wenzels erklärt, blüme die
konfessionmäßige Trennung des Gefängniswesens angeordnet, da diese Maß-
nahmen für Staatseinkünften nur in den unumgänglichen Fällen maßgebend
seien sollten, in den Gefängnissen aber eine allgemeine christliche Seelsorge ge-
boten, erhebt sich v. Mallindrodt gegen letzteren Redner. Er schließt sich
an, daß die Gefängnisse in so weit an, daß mit den Gefangenen ohne
jegliche Rücksicht keine Experimente gemacht werden sollten. — Wenzel
widerlegt, daß das moabit System mit Unrecht den Namen des
Einzelhaftsystems usurpire und dadurch das Urtheil über sich selbst verwirre,
daß jenes System vielmehr, wie von theologischen Schriftstellern selbst zugegeben
worden, nach seinem Ursprunge aus dem rauen Harje ein pietistisches, ein
konfessionelles sei. — Der Redner geht schließlich zur Gefangenarbeit im Freien
über und erörtert, wie die derselben vorgeschriebenen Uebelstände nur in einer
mangelhaften Ausführung wurzeln. — Ein Schlußantrag wird abgelehnt.
Matthias verwahrt wiederholt den Pietismus und Herrn Wichern gegen den
Verdacht der Kopfbängerei. Nenne man die Brüder des rauen Hauses Kopf-
bänger, so seien das Luther und Calvin auch. Marcard stimmt mit v. Mal-
lindrodt betreffs der Nothwendigkeit der konfessionellen Trennung der Gefangenen
überein und erkennt dem Abg. Wenzel bereitwillig die kompetenteste Sachkennt-
nis in der Theorie des Pietismus zu, welche vielleicht sogar, vor 1848, auch
auf die praktische Seite sich erstreckt habe. Wagener (Neustettin) gegen Blö-
mer, gegen die „konfessionelle Union“, (er legt als sich Unwillen gegen dies
Wort erhebt, daß dieselbe darin aus, er meine nicht die Union als solche, sondern
eine jede konfessionelle Union, wie er denn eine Union, aber eine recht kon-
fessionelle, auch mit den Katholiken wünsche u. s. w.)
Gr. Schwerin. Die ganze Frage sei eine solche, daß sie nicht auf bureau-
kratischem Wege geregelt werden darf, daß zu jedem verartigen Verzuge eine
geschieke Grundlage gehöre. Er stimme deshalb für die Anträge Wenzels.
Der Saal selbst sei er damit einverstanden, daß, wenn überhaupt Verzüge der
Art gemacht werden sollten, Dr. Wichern dazu der Berufene sei, und daß die
Regierung einen Fehler gemacht haben würde, hätte sie einem Andern die Lei-
tung anvertraut; betreffs der konfessionellen Scheidung stimmt der Redner dem
Abg. Blömer bei, die Religion dürfe nicht in der Konfession untergehen, u. s. w.
Der Minister des Innern. Das Gesetz schreibe bisher nichts über die
Art der Strafverteilung in Bezug auf Einzelhaft vor, dieser Lücke werde und
solle aber, wenn nicht in dieser, doch in der kommenden Session seitens der Re-
gierung durch eine Gesetzesvorlage abgeholfen werden. Die Annahme der
Wenzel'schen Anträge sei also, wie er wiederhole, ein Zeichen des Mißtrauens
gegen die Regierung. — Nach einigen Bemerkungen der Abg. Sahn, Blömer,
Wenzel geht man zur Abstimmung. Der Antrag Wenzel wird in seinem
ersten Theile (für denselben stimmt die Linke, die Katholiken, die Fraktion
Matthias, von der Rechten die Abg. Fleck, Lehnert u. A.) verworfen, der
zweite Theil hierauf zurückgezogen.
Im Etat sind nun 3000 Thlr. als Erhöhung der persönlichen Ausgaben
im Ministerium angesetzt, welche Befoldung und Dienstzulage für einen beson-
dern Rath für Gefängnis- und Armenwesen repräsentiren. Die betreffende
Persönlichkeit ist der Oberkonsistorial-Rath Dr. Wichern. v. Patoz regt Be-
denken über die doppelte Vorgesetztheit Wicherns (in Hamburg und in Preu-
ßen) an. Wagener (Neustettin) widerlegt dieselben und der Minister erör-
tert, wie Herr Wichern die Anstellung in Preußen nur unter der Bedingung
angenommen habe, daß seine freie Thätigkeit auf dem Felde der innern Mission
durch nicht beschränkt und die Leitung des „Rauben Hauses“ ihm belassen
werde. Man habe in letzteres dießfalls um so eher gewilligt, als schon längst
das „Rauhe Haus“ nach ausdrücklichen Verträgen Pflanzschule für preussische

Gefangenaufseher sei. Den verfassungsmäßigen Eid für das preussische Staats-
amt habe Herr Wichern geleistet.

Kühne (Berlin) beantragt, diesen Gehaltsposten wegen der außerordent-
lichen Umstände dieser Anstellung auf das Extraordinarium zu legen. Auch
dagegen erklärt sich der Minister, während Reichensperger (Köln) ebenfalls
bedauert, daß Herr Wichern nicht provisorisch angestellt worden sei. Herr Wi-
chern sei gewiß willfährig dazu gewesen, so wie er sicherlich, da dieser Beruf
Sache seiner innersten Ueberzeugung und seiner Lebensaufgabe sei, sich für die
nur halbjährige Thätigkeit mit dem gewöhnlichen Jahresgehälter eines vortra-
genden Raths (2000 Thlr.) begnügt haben würde. Uebrigens stimmt der Re-
dner einer Ueberhöhung des Raths bei, indem er wünscht, daß auch für die katho-
lische Gefangen-Seelsorge bald eine gleiche Instanz geschaffen werden möge,
für welche dann ein geringeres Gehalt ausreichen sein werde.
Wenzel konstatirt aus der Aeußerung des Ministers, daß die Einführung
des Wichern'schen Systems in Preußen in weit größerem Umfange beabsichtigt
werde, wenn das Rauhe Haus schon seit längerer Zeit Pflanzschule für Preußen
sei. Matth. freut sich vielmehr dessen, daß überhaupt eine Schule für Ge-
fangenaufseher damit geschaffen sei, während bisher die Summe aller Qualifi-
kationen im Civilverwaltungsbeire gelegen habe. Wenzel bestreitet das. Der
Herr Vorredner sei schon zu lange Zeit aus dem Staatsdienste entfernt (Heiter-
keit), so daß er nicht wisse, wie jene Aufseher schon jetzt und seit längerer Zeit
ihre Ausbildung in den Gefangenenanstalten selbst erhielten. — Bei der Abstim-
mung findet sowohl der Posten von 3000 Thlr., als die Gesamtsumme die
Zustimmung der Majorität (Linke, Katholiken dagegen, die Rechte, Matth. dafür).
Der Antrag der Kommission, die Staatsregierung zu ersuchen, die Mittel
für statistische Zwecke dem Bedürfnis gemäß zu erweitern, wird durch v. Keller
formell bekämpft, indem er gegen dergleichen Ausgaben-Erhöhung-Anträge
konstitutionelle Bedenken erhebt.

Reichensperger (Wagen) vertheidigt den Antrag, indem er die Wichtig-
keit der Statistik zumal gegenüber den agrarischen Fragen der Gegenwart her-
vorhebt. Kühne (Berlin) vermißt den Nachweis der Nothwendigkeit dieser Er-
weiterung, ist also gegen den Antrag. Reichensperger verweist in Bezug
darauf auf die Thätigkeit der amtlichen statistischen Publikationen in Preußen,
indem er den Chef des statist. Büreaus ausdrücklich gegen jede Schuld daran
verwahrt. Sahn bestreitet ebenfalls eine Erhöhung der betreffenden Fonds,
zumal zum Zweck umfangreicherer Publikationen. Die Abstimmung ergibt Ab-
lehnung des Antrages, für den nur einige Mitglieder der Linken und der kath.
Fraktion sich erheben. — Bei Titel IV. für die landwirthschaftlichen Behörden, ist eine
Gleichstellung des Gehaltes der Kreissekretäre mit dem der Regierungssekretäre
vom Abg. Klingholz beantragt. Der Reg.-Kommissar, Geh. Regierung-
rath Mäke erkennt das Wohlwollende dieser Absicht ab, und stellt, ohne dem
Antrage deshalb zuzustimmen, eine Berücksichtigung des Uebelstandes in Aus-
sicht. Ostrerath verweist auf die nicht unbedeutenden Nebeneinnahmen aus
Staatsfonds und sonst, deren diese Beamten genießen. Der Antrag wird
schließlich zurückgezogen.

Die Geheimen Fonds folgen, auf 80,000 Thaler, wie in früheren Jah-
ren, normirt. Hartort beantragt Reduktion der Summe auf die Hälfte.
Seine Rede ist, wie immer, für die Tribüne ganz unverstänlich. Sie scheint
ein Reims über die „Gefinnungspolizei“ in Preußen zu geben, erwähnt, daß
der Polizeidirektor v. Schmidt in Elbing an demselben Tage, an dem er vor
diesem Hause desavouirt worden, eine Remuneration von 200 Thaler empfan-
gen, berührt die neueste große Verschwörung in Gotha, die in Dunst aufgegan-
gen sei u. s. w. Ein Volk, das sich so gezeigt wie das preussische in den letz-
ten Februartagen, bedürfe keiner so großen geheimen Polizei, wie die vorlie-
gende Forderung voraussetzen lasse. v. Mantenburg. Jede Regierung be-
dürfe „bei öffentlichen Staatszuständen“ der geheimen Polizei und das Haus
könne über deren Kosten gar kein Urtheil haben, da jede Rechnungslegung
darüber natürlich fehle. Der Redner erwähnt beiläufig als bekannt, daß für
Beeinflussung der Presse die größere Hälfte der hier geforderten Summe ver-
braucht werde. Er und seine Partei möchten bei der gegenwärtigen Lage der
Verfassungszustände zu keinem Votum beitragen, das als Mißtrauen gegen
die Regierung ausgelegt werden könnte. Damit sei keineswegs zugleich aus-
gesprochen, daß keine Partei die Verwendung jener Fonds, zumal für die Presse,
billige und nur mit dieser Verabbarung stimme er dem Votum bei.

Wagener (Neustettin): Auch er sei nicht für die große Centralisation, auch
er wolle Selbstregierung, aber man dürfe über diesem Wunsche nicht die Sach-
lage, wie sie gewesen und wie sie ist, verlernen. Er frage nicht, wie Herr Har-
tort, wo denn die Demokraten seien, in den Februarfeiern gewesen seien; er
glaube nicht, daß die Demokraten von 1848 Allen andern Sinnes geworden, er
meine vielmehr, daß dieselben noch da seien, daß man vielleicht sogar von ihnen
in der nächsten Zeit mehr hören werde, als man in dieser gemüthlichen Ver-
sammlung glaube u. s. w. Auch er meine, daß mit den Fonds mehr geleistet
werden könne und vielleicht auch solle, als geleistet wird, aber findet keinen
Grund, ihre Höhe anzufechten, so lange man keine genauere Kenntniß von ihrer
Verwendung habe u. s. w.
Lette und Graf Schwerin gegen Wagener's Ausführungen, ersterer unter
lebhaftem Unwillen und Gelächter der Rechten, als er die drohende Lage der
Dinge im gegenwärtigen Frankreich berührt, letzterer, indem er konstatirt, daß die Re-
dner der äußersten Rechten wesentlich dasselbe Mißtrauen gegen den Minister des
Innern vertragen hätten, und daß sie nur dasselbe in ihrem Votum auszuspre-
chen sich scheuten.

Der Minister des Innern: Er kenne keine Thatsache aus dem Laufe
des letzten Jahres, welche eine Verminderung der Fonds rechtfertigte. Daß
keine Spezialnachweise über die Verwendung derselben gegeben würden, beruhe
auf den Beschlüssen des Hauses selbst.
Die Abstimmung ergibt Annahme der Position mit 80,000 Thlr. (die ge-
samte Rechte, Einige aus dem Centrum, Schmiedt, Blömer u. A. dafür).
Die Sitzung schließt damit, 3 Uhr, die Fortsetzung der Debatte wird auf
morgen, Sonnabend, 10 1/2 Uhr anberaumt.

Berlin, 9. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König ha-
ben allergnädigst geruht, dem Geheimen Rechnungsrath a. D. Gebr-
mann zu Berlin den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife,
so wie dem Steuerausgeber Schulz zu Bissa im Kreise Graudenz und
dem Gendarmen Riethmüller zu Stromberg im Kreise Kreuznach,
das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Kreisphysikus Dr. Weizel zu
Glatz den Charakter als Sanitätsrath und dem Bürgermeister Poel-
mahn zu Minden den Titel „Oberbürgermeister“ zu verleihen.
Der Baumeister Hermann Freuding zu Dranienburg ist zum k.
Baumeister ernannt und demselben die Verwaltung der Hütten-Bau-
beamtenstelle zu Königsbütte übertragen worden.
Der praktische Arzt, Operateur und Geburtshelfer Dr. Speut zu
Spandow ist zum Kreisphysikus des osthavelländischen Kreises ernannt
worden. — Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem
Provinzial-Steuerssekretär Walther zu Magdeburg und dem Ober-
Steuerkontrolleur v. Lahrbusch zu Atern, im Kreise Sangerhausen,
die Erlaubniß zur Anlegung des ihnen verliehenen Ritterkreuzes zweiter
Klasse vom herzoglich anhaltischen Gesamt-Hausordens Albrechts des
Bären zu ertheilen.

Berlin, 9. April. Wie wir hören, sind die bezüglich der Kö-
lner Rheinbrückenfrage obwaltenden Differenzen in erwünschter und
allseitig befriedigender, von dem bereitwilligsten Entgegenkommen Preu-
ßens zeugender Weise erledigt. Danach genügt letzteres dem Wunsche
der übrigen Uferstaaten auf Erhöhung der Brücke von 48 auf 53 Fuß
über Köln'schen Pegel. Es gewährt allein die den Schiffen für Einrich-
tung ihrer Fahrzeuge zur Niederlegung der Masten zuzubilligende nicht
unbedeutende Entschädigung und erhebt von den Schiffen für die Be-
nutzung der inzwischen zu errichtenden Krabbe keine Abgabe. Gleichso
verzichtet es auf jede Gebühr für die Passage der stehenden sowohl, als
der Schiffsbrücke, so lange letztere noch existirt. Dagegen nehmen die
Uferstaaten von ihrem auf Herstellung eines beweglichen Durchlasses
gerichteten Ansprüche gänzlich Abstand. (N. Pr. Z.)
— Der Direktor des statistischen Büreaus, Geheimer Ober-Regie-
rungs-rath Dr. Dieterici, ist zum Wirklichen Geheimen Ober-Regie-
rungs-rath ernannt worden.
Berlin, 9. April. Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen
arbeitete heute Nachmittag mit dem Minister-Präsidenten und nahm
im Laufe des heutigen Vormittags die Vorträge des Polizei-Präsidenten
v. Jeddli, des Ministers des Königl. Hauses v. Massow und des
Ober-Ceremonienmeisters v. Stillfried entgegen.
— Ihre Durchlaucht die Frau Prinzessin Biron von Kurland und
der Fürst Obolensky haben gestern Abend Berlin wieder verlassen und
sich zunächst nach Dresden begeben. — Der königl. portugiesische Ge-
sandte am hiesigen Hofe, Baron Santa Quitaria, traf gestern von
Köln hier ein.
— Im Juni d. J. tritt, wie schon anderweitig gemeldet worden
ist, den auf der letzten Versammlung der Elbschiffahrts-Revisi-
ons-Kommission getroffenen Bestimmungen gemäß, diese Kom-
mission in Hamburg zusammen. Den Verhandlungen wird, wie in
der Regel, eine gemeinschaftliche Befahrung der Elbe durch Sachver-
ständige sämtlicher Uferstaaten vorangehen, um die Beschaffenheit des
Stromes, die Wirkung der zu dessen Verbesserung getroffenen Maßre-
geln und die etwa eingetretenen neuen Hindernisse einer regelmäßigen
Schiffahrt zu untersuchen und festzustellen. Die betreffenden Kommissa-
rien sollen von den meisten theilnehmenden Staaten bereits ernannt sein.
Wie wir hören, so wird von einer Seite beabsichtigt, den Verhandlungen
der Revisions-Kommission auch einen Abföhrungs-Modus der Elbzölle
oder wenigstens eine einfachere Klassifizierung der gegenwärtigen Zollsätze
zu unterbreiten, und sollen den Elbuserstaaten dahin zielende Vor-
schläge bereits zugegangen sein. Bei den Schwierigkeiten indessen, mit
denen alle bisherigen Anträge auf Ermäßigung der Elbschiffahrtszölle,
die namentlich von Preußen und Oesterreich wiederholt beantragt und
lebhaft befürwortet worden sind, gefunden haben, ist auch nicht einmal
annähernd möglich, das wahrscheinliche Resultat dieses Antrages vor-
her zu bestimmen. Wenn nun einige Blätter auf Grund der Nachricht
von dieser Proposition so weit gehen, von einer beabsichtigten Abfö-
hrung des Staderzolles zu sprechen, so müssen wir bemerken, daß die
Abföhrung des sogenannten „Brunshausen-Stader-Zolles“ über die Kom-
petenz der Verhandlungen der Elbschiffahrts-Revisions-Kommission hin-
ausgeht, indem bei jenem nicht allein die Elbuserstaaten, sondern auch
Großbritannien, Schweden, Belgien u. c. mitinteressirt sind, und Han-
nover mit allen diesen Staaten Verträge über diesen Zoll abge-
schlossen hat. Die Elbuserstaaten haben nach der Konvention vom 13.
April 1844, über diesen Zoll, das Recht, den Tarif und die sonstigen
Verhältnisse des brunshausen Zolles in derselben Art und Form,
wie diejenigen, der übrigen Elbzölle, zur Erörterung zu ziehen, und
wie die Schiffahrt hat Anspruch darauf, stets an allen Vortheilen und
Begünstigungen Theil zu nehmen, welche in dieser Beziehung der
Schiffahrt der am meisten begünstigten Nationen durch Vertrag
zugestanden sind oder künftig zugestanden werden. Es ist also der
brunshausen Zoll durch eine Reihe internationaler Verträge aner-
kannt und einseitige Verhandlungen über die Abföhrung dieses Zolles,
seitens der Elbschiffahrts-Revisions-Kommission, würden demnach
nur dann zum Zweck führen, wenn, der gute Wille Hannovers vor-
ausgesetzt, alle Mitinteressenten, ähnlich wie bei dem Sundzoll, gemein-
schaftlich mit den Elbuserstaaten denselben Ziele zustrebten. Wir glau-
ben, daß diese Bemerkungen auch einzelne österreichische Blätter, welche
seit einiger Zeit für die Abföhrung des stader Zolles sich sehr interessirt
zeigen, auf die ihnen mangelnde Kenntniß der Verhältnisse hinführen
und sie überzeugen wird, daß, wenn die Abföhrung dieses Zolles so un-
umgänglich nothwendig erscheint, als sie darlegen, Oesterreich als Elb-
uferstaat und Mitglied der Elbuserstaaten-Revisions-Kommission ganz
denselben und gerade so viel Beruf wie Preußen hat, die betreffende
Sache in die Hand zu nehmen. (Zeit.)

Charlottenburg, 9. April. Se. Majestät der König fuhr
gestern Vormittag nach Schloß Bellevue, kehrten von dort zu Fuß nach
Charlottenburg zurück und machten demnach in Gemeinschaft Ihrer
Majestät der Königin eine Spazierfahrt nach Berlin bis zur Bartho-
lomäuskirche, von wo Allerhöchstdieselben durch die Stadt nach Char-
lottenburg zurückfuhr. (Anz.)

Stettin, 8. April. Gestern waren die hiesigen Innungsmeister
zu einer Konferenz mit dem Magistrat versammelt. Gegenstand der
Besprechung war die Beteiligung der hiesigen Handwerker-Innungen
bei Gelegenheit der festlichen Einholung Ihrer königl. Hoheit
des Prinzen und der Prinzessin Friedrich Wilhelm
von Preußen, an dem Tage Ihrer Ankunft hier selbst um die Mitte
des Monats Juni. Wie wir hören, haben sich sämtliche Innungs-
meister bereit erklärt, sich an dem Empfange zu beteiligen; die In-
nungen werden sämtlich mit neuen Fahnen und Emblemen aufstehen,
und auch die Gesellen sollen zu dieser Feier zugezogen werden.
(Stett. Ztg.)

Deutschland.

München, 1. April. Das vielbesprochene Haberfeldtreiben
im Bezirk des königlichen Landgerichts Miesbach hat zu einer umfas-
senden Untersuchung Anlaß gegeben, welche jetzt durch einen Beschluß
der Distriktpolizeibehörde, wodurch 13 Angeeschuldigte mit Arreststrafen

0-43 Egr., Gerste 35-37½ Egr., Hafer 34-35 Egr., Erbsen 72½-74
r., Kartoffeln 14-16 Egr., Pfund Butter 7-7½ Egr.

von Graß. Barth u. Comp. (R. Friedrich) in Breslau.